

klar.links

Die Linke

Friedrichshain-
Kreuzberg

Unsere
Kandidat*innen
für die Berliner
Bezirksverordneten-
versammlungen (BVV)
Seite 4–5

Meine Sicht.

Unsere Kieze sind unser Zuhause – die Müllfrage auch eine soziale Frage

Die Müllfrage begegnet uns nicht nur, wenn wir mit unserer Kampagne für bezahlbare Mieten an den Haustüren sind, sondern überall, beispielsweise auch in der Buslinie M41: Neu-lich beim Gedenken an Çetin Mert, der als kleiner Junge im Jahr 1975 in der Spree im inner-deutschen Grenzgebiet auf tragische Weise ertrunken ist, traf ich eine Frau, die ich zufällig kurz davor im M4er Bus kennengelernt und mich über den störenden Müll ausgetauscht hatte. Sie sagte mir, wenn ich Bürgermeisterin bin, dass ich unbedingt dafür sorgen müsse, das Müllchaos zu beenden. Menschen, die keine großen Wohnungen mit Balkonen oder Garten haben, sind drauf angewiesen, öffentliche Parks und Plätze nutzen zu können. Aber gerade in den armen Kiezen sind viele Straßen voller Abfälle und Sperrmüll. Während touristische Ecken wie der Ku'damm viel gereinigt wird. Wir brauchen in allen Kiezen Wohl-

gerade im Sommer leben in unserem schönen Bezirk eigentlich alle Bewohner*innen viel draußen: auf den Plätzen, an den Ufern, im Park, auf den Spielplätzen, und unter den Bäumen, die in der Hitze Schatten spenden. Wenn die Wohnungen heiß und eng sind, tragen diese Orte unseren Alltag. Sie sind unser Wohnzimmer im Freien. Hier treffen sich die vielen Kulturen unseres Bezirks: Familien, Rentner, Arbeitende, Jugendliche, Studierende, Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen und Identitäten. So lebenswert unser Friedrichshain-Kreuzberg ist, sieht man dort auch, was schiefläuft. Müll liegt neben Bänken. Sperrmüll blockiert Wege. Das zeigt, wie sehr unser öffentlicher Raum vernachlässigt wird. Müll ist aber auch eine Frage, wie wir leben wollen. Lasst uns dafür sorgen, dass alle draußen sein können, ohne im Müll zu sitzen. Für Menschen mit wenig Geld, für Kinder aus engen Wohnungen, für ältere Nachbarinnen, für junge Leute, für Familien, für alle die den Park als Treffpunkt brauchen, ist ein sauberer, sicherer öffentlicher Raum Vor-

aussetzung für ein gutes Leben. Für mich heißt das: Ein linkes Müllkonzept setzt nicht primär bei Strafen an, sondern versucht die Menschen mitzunehmen und beispielsweise mit gemeinsamem Sammelaktionen mehr Bewusstsein für das Problem zu schaffen, aber vor allem wollen wir auch die Politik stärker in die Verantwortung nehmen. Wir wollen mehr kostenlose Sperrmüllangebote, mehr öffentliche Reinigung, mit gut bezahlten Beschäftigten, genug Mülleimer, sichere Entsorgung, gepflegte Toiletten, und mehr Bäume, die uns auch in Zukunft Schatten schenken.

Als **Direktkandidatin** für Kreuzberg und **Bürgermeisterkandidatin** für Berlin trete ich dafür an, dass wir uns unseren öffentlichen Raum gemeinsam zurückholen, mit und für die Menschen, die unsere vielfältige Stadt am Laufen halten.



Elif Eralp,
Bürgermeister-
kandidatin für
Die Linke Berlin

»Angriff« statt Frontalangriff

Jetzt ist die Katze aus dem Sack: Die Bundesregierung will tatsächlich die Axt an unser Rentensystem legen. Das Rentenalter soll schrittweise weiter steigen. Selbst wer 45 Versichertenjahre auf dem Buckel hat, soll nicht mehr ohne Abschlüsse vorzeitig in Rente gehen können. Für viele künftige Rentner*innen werden die Pläne von CDU/CSU und SPD so vor allem eine kalte Renten Kürzung bedeuten. Zugleich soll es ab 2032 keine Garantie mehr geben, dass die Renten in gleichem Maße wie die Löhne steigen. Stattdessen soll ein Teil der Rentenbeiträge verpflichtend in Kapitalanlagen fließen. Die Höhe der Renten wird so auch zum Spielball von Kurschwankungen bis hin zu Finanzkrisen. Doch trotz aller Regierungspropaganda: Dieser Frontalangriff auf unser Rentensystem wird weiter von einer klaren Mehrheit im Land abgelehnt. Und gemeinsam mit meiner Fraktion Die Linke werde ich im Bundestag weiter Druck machen, dass die Pläne noch gestoppt werden und es zu einer echten, sozialen Rentenreform kommt.

Pascal Meiser, Mitglied des
Deutschen Bundestags





Baden für alle

Foto: Freepik/Wirestock

Berlin und auch Friedrichshain-Kreuzberg sind ständig im Wandel. Die Frage ist aber, was muss sich verändern, damit es besser wird und was wollen wir erhalten, weil es bereits gut ist? Erhaltenswert wären unsere Schwimmbäder im Bezirk gewesen, ob das Baerwaldbad in Kreuzberg oder das Schwimmbad im SEZ oder in der Holzmarktstraße in Friedrichshain. Wer in den Wintermonaten schwimmen gehen

will, muss mittlerweile in einen anderen Bezirk fahren, denn das Spreewaldbad am Görlitzer Park soll erst Ende 2027 wieder seine Türen öffnen. Wer sich im Sommer abends nach der Arbeit oder am Wochenende erfrischen will, wird allein im Sommerbad Kreuzberg Abkühlung finden – wenn er denn reinkommt. Alle vier Tage schließt in Deutschland ein Hallen- oder Freibad. Dabei sind Schwimm-

bäder elementarer Bestandteil der kommunalen Infrastruktur. Immer weniger Kinder können schwimmen. Denn nicht alle Eltern können es sich leisten, ihr Kind für den Schwimmunterricht anzumelden und Schulklassen werden zum Teil kilometerweit mit Bussen durch Berlin gekarrt, um doch noch eine Schwimmstunde im Schwimmbad zu ergattern. Es ist keine Naturgewalt, dass es zu wenige Schwimmbäder gibt. Dahinter stecken politische Entscheidungen und klamme Haushaltskassen. Die verkündeten Reformen der Bundesregierung sehen wieder keine Vermögensteuer vor, dabei würde sie bis zu 5,5 Milliarden Euro jährlich allein für Berlin einbringen. Es kommt aber auch bei engeren finanziellen Spielräumen darauf an, wo Geld reingesteckt wird und worin nicht. Fest steht für mich: Der Besuch im Schwimmbad darf keine Frage des Geldbeutels sein, deswegen dürfen die Eintrittspreise bei den Berliner Bädern nicht weiter steigen

und in den Ferien sollten Kinder und Jugendliche kostenlos ins Schwimmbad gehen können. Und es könnte so einfach sein, die Spree fließt durch die ganze Stadt. Nachdem die Wasserqualität der Spree lange Zeit viel zu schlecht war, um darin baden zu können, sieht das heute anders aus. Idee für Spreebäder gibt es viele. Wir müssen sie nur umsetzen. Wie wäre es zum Beispiel in Friedrichshain mit einem Strandbad, spreeseitig an der Spitze der Stralauer Halbinsel? Seit Jahren wird hier schon wild gebadet, aber der Eingang und auch der Untergrund sind unsicher. Das könnte sich ändern und dafür müsste erst einmal das über 100 Jahre alte Badeverbot in der Spree endlich fallen. Damit in Friedrichshain-Kreuzberg wieder mehr geschwommen werden kann.



Kerstin Wolter, Landesvorsitzende für die Linke Berlin und AGH-Kandidatin für Friedrichshain-Kreuzberg

Keinen Fußbreit der AfD

Drei Landtagswahlen stehen in den kommenden Monaten an. In Sachsen-Anhalt am 6. September sowie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern am 20. September. Bundesweit liegt die rechtsradikale AfD in den Umfragen bei beinahe 30 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern wird sie wohl die stärkste Fraktion im Landtag stellen. In Sachsen-Anhalt ist es nicht ausgeschlossen, dass sie die Mehrheit der Mandate erreicht und damit die Regierung stellen kann. Und auch hier in unserem Berlin zeigen die neuesten Umfragen, dass die Rechtsradikalen vielleicht zweitstärkste Partei werden. In den vergangenen Jahren sind viele tausende Menschen auf die Straße gegangen, um Parteien und Staat dazu aufzufordern, die Rechtsradikalen aufzuhalten und die Demokratie vor den autoritären Rechten zu bewahren. Nicht viel hat sich getan. Die Regierung unter Kanzler Merz hat sich einer



Foto: Freepik/Wirestock

Strategie verschrieben, bei der man den Eindruck gewinnen kann, sie wolle die AfD schwächen, indem sie weite Teile deren Programmatik durchsetzt. Mit dem Erfolg, dass die Rechtsradikalen von Monat zu Monat stärker werden. Ich denke, es ist Zeit, sich vorzubereiten und darüber nachzudenken, was wir im schlimmsten Fall tun können. Wir können erahnen, wie eine rechtsradikale und autoritäre Regierung vorgehen wird. Wir wissen, wen sie angreifen wird und auf welchen Politikfeldern

sie zuerst versuchen wird ihr Programm durchzusetzen. Es ist Zeit, dass diejenigen, die dem entgegentreten wollen, sich zusammenschließen und vorbereiten: dort, wo wir wohnen, arbeiten und uns engagieren. Der AfD entgegentreten heißt deshalb zweierlei: ihre Politik zu bekämpfen und zugleich für ein gutes Leben für alle zu streiten. Denn dort, wo Menschen Solidarität und Sicherheit erfahren, haben rechte Antworten weniger Raum. Die gute Nachricht ist, dass wir dabei nicht alleine

stehen. So wie dieser neue Autoritarismus international ist, so ist es auch der Kampf gegen diese Bedrohung. Ob in Ungarn, Polen, Italien oder den USA, überall setzen sich Menschen ein und halten dagegen oder haben Erfolge errungen. Davon können und müssen wir lernen. Lernen, wie eine Zivilgesellschaft aufrechterhalten werden kann, wenn der Staat sie zum Feind erklärt. Lernen wie wir unsere Schulen und unsere Kinder vor den Übergriffen eines autoritären Staates schützen können. Lernen wie wir unsere Nachbar*innen und Kolleg*innen davor schützen können, angegriffen und abgeschoben zu werden. Jetzt ist die Zeit darüber zu reden und zu handeln!



Ekke Spiegel, AGH-Kandidat für Die Linke Friedrichshain-Kreuzberg

Was bringt ein **linker Bürgermeister** für Friedrichshain-Kreuzberg?

Am 20. September 2026 sind die nächsten Wahlen in Berlin. Zeitgleich mit dem Abgeordnetenhaus wird auch die Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg neu gewählt und die Wähler*innen entscheiden, wer in Zukunft als Bürgermeister das Bezirksamt leiten und den Bezirk gegenüber der Landesebene vertreten wird.

Politik für die Menschen im Bezirk

Als Bürgermeister werde ich Schwerpunkte setzen, um das Leben in Friedrichshain-Kreuzberg wieder bezahlbar zu machen und eine soziale, solidarische und demokratische Bezirkspolitik umzusetzen. Ich werde insbesondere auf die Menschen achten, die oft nicht so gut organisiert, laut und sichtbar sind. Politik für Menschen, die im Alltag kämpfen müssen, um über die Runden zu kommen: Alleinerziehende und viel arbeitende Menschen, die älteren Generationen und Menschen, die von Armut bedroht sind. Für Menschen mit Migrationshintergrund ist der Alltag durch Mehrfachbelastungen bei der Arbeit, der Gesundheitsversorgung, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und rassistischen Zuschreibungen besonders schwierig – und die Beteiligung an politischen Prozessen besonders mangelhaft. Ich setze auf die Beteiligung der Menschen in unserem Bezirk und die gemeinsame Bearbeitung von Interessenkonflikten statt einsamer Entscheidungen im Amt. Dabei scheuen wir nicht den Konflikt mit großen Investoren und der Landesebene, wenn es darum geht, ein gutes Leben in unserem Bezirk zu ermöglichen. Wir kämpfen für bezahlbares Wohnen statt Investorenträume und Luxushochhäuser, für eine Verkehrswende für alle Anwohnenden und für einen lebenswerten Bezirk für alle statt Kommerzialisierung und Verlust alternativer Freiräume.

Mieten und Wohnen sind zentral

Das Thema Mieten und Wohnen ist für viele Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg und Die Linke weiter zentral: Wir haben in unserem Bezirk berlinweit die ersten Erfolge bei der strafrechtlichen Verfolgung von Mietwucher erreicht und wollen diese ausbauen. Ich will bei der Wohnungs- und Bauaufsicht dafür sorgen, dass beide Ämter besser zusammenarbeiten, um Mieter:innen in Problem-Immobilien besser zu unterstützen und leerstehenden Wohnraum wieder nutzbar zu machen. In der Stadtentwicklung müssen fortschrittliche Bauprojekte endlich tatsächlich umgesetzt und unsoziale Abriss- und Hochhausprojekte verhindert werden.

Soziales und Jugend sichern

Ich möchte ein zivilgesellschaftliches Bündnis für eine soziale Offensive organisieren. In unserer postmigrantischen Gesellschaft gehören soziale Fragen und Antidiskriminierung zusammen. Wir werden die Arbeit für Jugend und Soziales entsprechend der besonderen Bedeutung im Bezirk sichern. Soziale Sicherheit und Jugendarbeit müssen wir gegen den Kürzungsdruck der CDU-SPD-Koalition auf Bundesebene verteidigen und beim Ausgleich des bezirklichen Haushaltsdefizits als schützenswerte Priorität setzen.

**solidarisch
sozial
demokratisch**

Zusammenleben im öffentlichen Raum

Als Linker kämpfe ich für gute Schulen, starke Kieze und eine solidarische Nachbarschaft. Probleme der Sicherheit und Sauberkeit sind eine Belastung für den sozialen Zusammenhalt und müssen vor allem mit sozialen Antworten bearbeitet werden. Friedrichshain-Kreuzberg muss ein Ort bleiben, an dem junge und ältere Menschen sowie Familien Platz haben – auf Straßen und Plätzen, in Parks und auf Spielplätzen, in Stadtteil- und Kulturzentren, Clubs und Kneipen. Öffentliche Räume müssen allen gehören und Orte der Begegnung, des Austauschs und der Solidarität bleiben und wieder mehr werden.

Platz 1
unserer Liste
für eine starke
Linksfraktion
in der BVV.

**» Ich will
zusammen
eine soziale
Offensive
im Bezirk
organisieren
und endlich
die richtigen
Schwer-
punkte in
der Arbeit
des Bezirks-
amtes
durchsetzen. «**

Bürgermeisterkandidat

René Pérez Domínguez

Foto: M. König

9

Anna Weber

...ist 44 Jahre alt, promovierte Politikwissenschaftlerin und arbeitet in einer Kinderrechtsorganisation. Sie ist Mutter von zwei Kindern und wohnt seit 20 Jahren in Friedrichshain-Kreuzberg. Sie streitet dafür, dass der Bezirk nicht den Profitinteressen der Immobilienkonzerne überlassen wird und kämpft für bezahlbaren Wohnraum, gut ausgestattete Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie für eine starke soziale Infrastruktur für alle – unabhängig von Herkunft oder Einkommen.

Foto: privat

10

Thomas Lohmeier

... 55, Referent im Abgeordnetenhaus. In der BVV möchte er sich für zwei Themen einsetzen: 1.) Seine Ausbildung im Finanz- und Steuerrecht einbringen, um den Bezirkshaushalt mit einem klaren Fokus auf soziale und kulturelle Belange zu gestalten. Und 2.) In seiner Nachbarschaft an der Hasenheide engagiert er sich für eine echte Willkommenskultur und kämpft für die vom Senat verweigerten Integrationsmittel.

Foto: privat

11

Grete Ohlendorf

... ist 32, kommt ursprünglich aus Köln und lebt seit acht Jahren in Kreuzberg. Die Architektin und Energieberaterin kandidiert für die BVV, um eine soziale Wärmewende voranzubringen, den Erhalt und die Sanierung von Bestandsgebäuden zu stärken sowie Mieter*innen vor Verdrängung und steigenden Energiekosten zu schützen. Zudem möchte sie die Kommunalpolitik im Bezirk bürgernah gestalten.

Foto: privat

12

Felix Lackus

...ist Stadtplaner und war die letzten Jahre für die Mieterberatung asum in unserem Bezirk tätig. Er setzt sich für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung ein, mit Milieuschutz, Verfolgung überhöhter Mieten und klarer Kante gegen profitorientierte Wohnraumversorgung. Er ist seit 2016 in der mietenpolitischen Bewegung Berlins aktiv, unter anderem bei #Mietenwahnsinn und der Klima AG von DWE. Er wohnt in der Nähe des Ostbahnhofs und ist Vater eines kleinen Kindes.

Foto: privat

13 Norina Dienel

... ist gelernte Psychologin und Politikwissenschaftlerin und es ist ihr seit ihrer Jugend ein Anliegen, sich für Menschen im sozialen Bereich zu engagieren. Sie arbeitete mit Kindern, Jugendlichen, Familien, Senioren und geflüchteten Menschen. Jetzt möchte sie sich für die Menschen in unserem Bezirk politisch einsetzen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Themen Kindheit und Jugend, sowie Obdachlosigkeit.

15

Karolin Behlert

...ist aktuell umweltpolitische Sprecherin und u.a. Mitglied im Ausschuss für Umweltschutz, Grünflächen und Klimaschutz. Als Mitglied einer Unter-AG des Jugendhilfeausschusses hat sie mit daran gearbeitet, dass Kinder und Jugendliche sich heute im JuKG politisch engagieren können. Besonders leidenschaftlich kämpft sie für Entsiegelung, Wasser- und Bodenschutz im Bezirk, denn Berlin bebaut viel zu viele Naturflächen. Karolin ist 41 Jahre alt, Sozialarbeiterin und Trainerin für Bedürfnisorientierte Kommunikation.

Foto: B. Gross

16

Benedict Weskott

...ist auf St. Pauli geboren und aufgewachsen und seit sechs Jahren Kreuzberger*in. Als Wissenschaftler*in und Musikjournalist*in beschäftigt sich Benedict mit Rap, queerer Kultur, solidarischen Praktiken und Gentrifizierung. Kulturelle Angebote prägen unseren Bezirk und seine Kieze, ermöglichen Begegnung und Rückzugsorte. Deshalb setzt sich Benedict für den Erhalt von Kultur- und Clubräumen ein, für Nachbarschaftlichkeit, queere Sicherheit und eine Stadt, in der alle Menschen ihren Platz haben. Friedrichshain-Kreuzberg muss offen, bezahlbar und lebendig bleiben – für die Menschen, die hier leben.

Foto: privat

17

Brunhilde Van hove

65 Jahre, Diplom-Biologin, und lebt seit 12 Jahren in Friedrichshain. Sie wünscht sich, dass unser Bezirk in Zukunft grüner wird. Daher ist ihr politischer Schwerpunkt die Verkehrspolitik für Bürger*innen und der Schutz von Bürger*innen vor den Auswirkungen des Klimawandels. Hier greifen Klima- und Sozialpolitik direkt ineinander. Ebenso ist ihr die Müllsituation in unserem Bezirk ein Dorn im Auge, zu dessen Beseitigung sie sich einsetzen wird.

Foto: privat

14

Karl-Heinz Ludewig

...lebt lange in Kreuzberg und rückte 2025 in die Fraktion nach. Der Mobilitäts- und Umweltexperte arbeitet in den dafür zuständigen Ausschüssen, ist klimapolitischer Sprecher und sitzt im Rollstuhl. Endlich halten Kiezblocks den Durchgangsverkehr aus einigen Kiezen raus, Unfälle nehmen ab und die Umwelt gewinnt (weniger Lärm & Abgase). Deshalb muss die Verkehrsberuhigung, vorrangig in abgehangenen Gebieten, weitergehen.

Foto: B. Gross

Weitere Kandidaten*innen

18. Wolf, Elisa

19. Cichon, Ruby

20. Glasenapp, Martin

21. Rodriguez, Sofia

22. Fuchslocher, Kolja

23. Langenbrinck, Johanna

24. de Luca, Pierpaolo

25. Schröder, Julia

26. Heske, Benito-Richard

27. Teschlade, Sahra

28. Teschner, Klaus

29. Welsch, Kiara

30. Stemmler, Kimmi

31. Rathje, Lena

32. Prölloch, Ronja

33. Dohr, Daniela

34. Mertz, Mawuena

35. Eksi, Saadet

36. Wittmer, Daniel

Angebote für Familien unter Druck

In der Jugendhilfe drohen drastische Einschnitte



Kinder sind zu einem knappen Gut in unserem Bezirk geworden. Erste Kitas schließen, darunter auch etablierte Einrichtungen wie der INA.KINDER. GARTEN am Kottbusser Tor. Damit geht eine weitere Familieneinrichtung in einem sozialen Brennpunkt verloren. Umgehend beginnt das Geschachere um die Nachnutzung der bezirklichen Immobilie. Szenenwechsel: Wer Unterstützung im Jugendamt sucht, stößt regelmäßig auf verschlossene Türen. Der sogenannte Teilhabefachdienst war zeitweise nahezu arbeitsunfähig,

die meisten Kolleg*innen haben den Bereich verlassen. Ähnlich verhält es sich im sogenannten Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (RSD), der Familien in Krisensituationen beistehen soll zum Beispiel mit den sogenannten Hilfen zur Erziehung (HzE). Szenenwechsel: Die Novembersitzung des Jugendhilfeausschusses 2025 war sehr gut besucht. Ein Grund dafür war die erwartete Bekanntgabe von Sparvorhaben durch den Stadtrat Kinder. Auf der Kürzungsliste stand unter anderem die Anlauf- und Fachstellen für Diskriminie-

rungsschutz an Schulen und Kitas (AuF) sowie weitere Kürzungen in der Jugendarbeit. Der Jugendhilfeausschuss intervenierte: Er war weder mit der vorgelegten Kürzungsliste noch mit der Arbeitsweise des Stadtrates zufrieden. Das Gesetz sieht vor, dass der Jugendhilfeausschuss über Strukturen der Jugendhilfe entscheidet, während der Stadtrat den Ausschuss lediglich informieren wollte. Weitere Kürzungsvorhaben werden für Ende 2026 erwartet. Parallel wurde auf Landesebene das Ausführungsgesetz für das

Jugendhilfegesetz verabschiedet, welches Mehraufgaben für die Bezirke ohne finanzielle Kompensation beinhaltet. Auf Bundesebene wird geplant, die grundlegenden Strukturen der Jugendhilfe neu zu sortieren und die gesetzlichen Angebote für Familien wie die HzE zu beschneiden. All diese Vorhaben wird der Jugendhilfeausschuss in den nächsten Jahren gestalten müssen. Gleichzeitig haben wir einen Stadtrat, dem es schwerfällt, die Rechte des Jugendhilfeausschusses zu akzeptieren. Betrachtet man hingegen die im November vorgelegte Kürzungsliste, wird mit der geplanten Streichung der Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz auch die CDU-Handschrift deutlich, die wir aus Land und Bund kennen: Antirassistischen und antifaschistischen Kräften soll der Boden entzogen werden.



Kolja Fuchslocher,
Mitglied der BVV und
Sprecher für Sozial-,
Kinder- und Jugendpolitik

Unsere Clubs in Gefahr: So ist die aktuelle Lage

In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es derzeit kaum einen Club, der nicht bedroht ist. Hinter vielen Konflikten stehen Mechanismen der Gentrifizierung, denen die Politik mitunter machtlos gegenübersteht. Doch ein Naturgesetz sind diese nicht.

Einige Beispiele:

Das **about blank** kämpft seit Jahren gegen den geplanten Weiterbau der A100, der auch zahlreiche weitere Clubs wie die **Wilde Renate** und die **Neue Zukunft** bedroht. Nach aktuellen Aussagen des Bundesverkehrsministers könnte der Baubeginn bereits in wenigen Monaten erfolgen. Besonders absurd: Das Blank soll nicht einmal direkt der Autobahn weichen, sondern einer Baustellenzufahrt und Lagerflächen für Baumaterial. Gleichzeitig droht mit einem geplanten Hotelbau in unmittelbarer Nähe eine weitere Gefahr durch Lärmbeschwerden. Das entsprechende Baurecht dafür

besteht bereits. Das **YAAM** hat zwar endlich einen langfristigen Mietvertrag über 30 Jahre erhalten, gleichzeitig aber eine drastische Grundsteuererhöhung von mehr als 200.000 Euro jährlich. Für den gemeinnützigen Verein ist das nicht zu stemmen. Als Begründung dafür, warum die Grundsteuer hier nicht erlassen werden kann, verweist die Stadt darauf, dass zwei kleine Restaurants auf dem Gelände nicht gemeinnützig seien. Sowohl YAAM als auch **Sage Beach** blicken zudem mit Sorge auf die geplante Wohnbebauung auf dem ehemaligen BEHALA-Gelände. Die Betreiber begrüßen neuen Wohnraum grundsätzlich. Sie fordern jedoch eine Planung, die bestehende Kulturstandorte berücksichtigt und spätere Nutzungskonflikte vermeidet. Besonders dramatisch ist die Lage auf dem RAW-Gelände. Dort geht es längst nicht nur um Clubs. Im sogenannten

Soziokulturellen L befinden sich unter anderem ein Kinderzirkus, Ateliers, eine Skatehalle, ein Kletterturm und zahlreiche Kulturprojekte, die teilweise seit den 1990er Jahren bestehen. Zwischen Bezirk und dem Eigentümer Lauritz Kurth wird seit Jahren über die Zukunft des Geländes verhandelt. Der Bezirk war bereit, sogar Wohnungsbau zu ermöglichen. Im Gegenzug sollten die kulturellen und sozialen Einrichtungen dauerhaft durch langfristige Mietverträge gesichert werden. Nachdem der Senat einen Entwurf für einen Rahmenvertrag vorgelegt hatte, erklärte die Kurth-Gruppe die Verhandlungen jedoch für gescheitert. Seitdem stehen Clubs und Kulturprojekte unter extremem Druck. Mietverträge wurden nicht verlängert, Nutzungserlaubnisse mit fadenscheinigen Begründungen infrage gestellt und dem **Cassiopeia** sogar die Kündigung zum 30. Juni angedroht.

Für die Linksfraktion in Friedrichshain-Kreuzberg ist klar:

Es darf keinen Wohnungsbau auf dem RAW-Gelände geben, ohne die bestehenden Kultur- und Sozialeinrichtungen verbindlich zu sichern. Wir stehen mit den Betreiber*innen in ständigem Austausch. Unser Bezirk wäre ohne all diese Clubs und Kulturstätten wesentlich ärmer und langweiliger. Sie sind Schutzräume und Arbeitgeber für viele verschiedene Menschen. Um sie weiterhin so gut es geht zu unterstützen und zu schützen, braucht es eine starke LINKE in Bezirk und Land!



Maria Bischof,
Sprecherin für Club- und
Kulturpolitik der Linksfraktion Friedrichshain-Kreuzberg in der BVV

Grüne und CDU setzen Bebauungsplan für ein neues Hochhaus durch

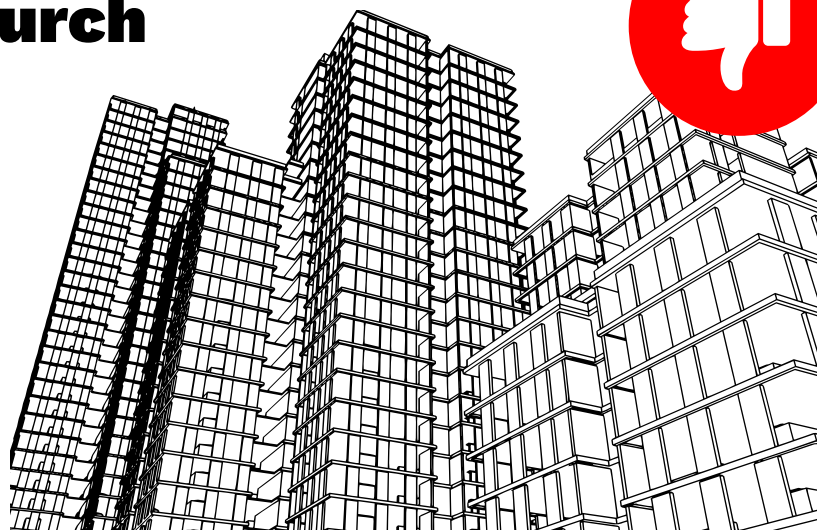


Mit einer Mehrheit von einer Stimme setzten die Grünen und die CDU Anfang Juni in einer Sondersitzung der BVV den Bebauungsplan für ein weiteres Hochhauses im Bezirk durch. Nach langem Ringen und viel Werbung für ein vermeintlich ökologisches Vorzeigeprojekt ist nun der Weg für den Bauherren UTB frei, an der Schöneberger Str. 21/22, in der Nähe des Tempodroms, ein massives Bauvorhaben für Wohnen und Gewerbe mit einem 100-Meter-Turm zu schaffen – das sogenannte WoHo.

Die teuerste Variante, Wohnraum zu schaffen, ist der Bau von Hochhäusern über 60 Meter. Die Landesunternehmen bauen daher nicht über 60 Meter. Die Kosten für Statik, Sicherheits- und Gebäudetechnik sowie Brandschutz sind zu hoch, um preiswerten Wohnraum zu schaffen. So liegt der Anteil an Sozialwohnungen an der gesamten Baumassee des WoHo unter 20 Prozent. Zudem laufen die Sozialbindungen für maximal 50 Wohnungen nach bereits 30 Jahren aus.

Sowohl UTB als auch der grüne Stadtrat priesen das Vorhaben

als »Leuchtturmprojekt für eine alternative Wohnungspolitik« an. Doch wie insbesondere auch öffentliche Stellungnahmen zum WoHo dokumentieren, gerade auch aus dem Bezirk selbst, kann dieses Versprechen keinesfalls eingelöst werden. So zeichne sich das WoHo weder durch sein Nachhaltigkeitskonzept noch durch eine ökologisch innovative, energiesparende und klimaschonende Bauweise aus. Die Bebauung ist zu massiv, das Grundstück wird »überbaut« vor allem durch das Hochhaus. Gesetzlich vorgeschriebene Abstandsflächen werden massiv unterschritten und der Turm führt zur Verschattung von Nachbargrundstücken, Sport- und Schulplätzen. Da das WoHo ein »beschleunigtes Verfahren« durchlief, konnte die Umweltprüfung entfallen, und das ausgerechnet bei einem Hochhaus, das als ökologisch innovativ und nachhaltig vermarktet wird. Die Grünen schwiegen sich zu dieser fachlichen Kritik weitgehend aus. Die Linke lehnte das WoHo ab, denn es ist weder sozial noch ökologisch nachhaltig.



Grafik: Freepik/andrii stepanuk

Nachhaltig am WoHo wird allerdings die Bodenwertsteigerung sein, die vor allem durch das Hochhaus ausgelöst wird. Nachhaltig bleibt auch der Eindruck, mit welchen Mitteln die Grünen das WoHo durchsetzten. So ergaben Vorabstimmungen in der BVV Ende Mai eine deutliche Mehrheit gegen das WoHo – bei Enthaltung der CDU. Auf Antrag der Grünen wurde die Endabstimmung auf die Sondersitzung am 4. Juni 2026 verlagert. Hier stimmte die CDU plötzlich dafür und das WoHo kam mit einer Stimme Mehrheit durch.

Die FDP begründete ihre Ablehnung des WoHo mit einem »Geschmäckle«. Sie verwies

darauf, dass der Eigentümer der UTB 2019 den grünen Baustadtrat mit einer Millionenspritze für die Genossenschaft »Diese e.G.« aus der Bredouille gerettet habe. Der »Diese e.G.« waren beim Vorkaufsrecht des Bezirkes Immobilien zugesprochen worden, die sie aber nicht bezahlen konnte. Die CDU sprach von »Vetternwirtschaft« und setzte 2021 mit der FDP einen Untersuchungsausschuss im Abgeordnetenhaus durch.



Gaby Gottwald,
Verordnete der
BVV Friedrichshain-
Kreuzberg

DWE statt Dividende

CDU und SPD haben höllische Angst vor mieterfreundlicher Politik. Anders kann man die Ankündigung, die Vergesellschaftung auf der Landesebene verbieten zu wollen, obwohl diese im Grundgesetz verankert ist, nicht erklären. Statt alle Zeit, Kraft und Expertise in den Kampf für bezahlbaren Wohnraum und gegen die Verwahrlosung von Gebäuden zu stecken, würden CDU und SPD lieber das Grundgesetz aushebeln. Das zeigt: Der GroKo sind die Gewinne der Immobilienkonzerne viel, viel wichtiger als zum Beispiel Familien mit Kindern, Renter*innen, junge Menschen, die sich mit ihren mageren Ausbildungsgehältern über Wasser halten müssen, Alleinstehende, kranke oder pflegebedürftige Menschen,

ein bezahlbares und bewohnbares Dach über dem Kopf zu geben. Man darf nicht vergessen, warum sich die Initiative DWE (Deutsche Wohnen und Co. Enteignen) überhaupt gegründet hat: Der Immobilienkonzern Deutsche Wohnen (gehört seit 2021 zum Vonovia-Konzern), aber auch viele andere private Wohnungskonzerne sind unfassbar schlechte Vermieter. Immer wieder gibt es Presseberichte, wonach eine hohe Anzahl an Nebenkostenabrechnungen zum Nachteil der Mieter*innen fehlerhaft sind, zahlreiche Gebäude werden nicht oder nicht ordentlich instandgehalten und regelmäßig wird versucht, nicht rechtmäßige Mieterhöhungen durchzudrücken. Auch deshalb war das Volksbegehren vor fünf

Jahren so erfolgreich. Daraufhin tagte die vom Senat eingesetzte Expert*innenkommission unter dem Vorsitz der früheren Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin ein gutes Jahr lang und kam zum Schluss, dass die Vergesellschaftung börsennotierter Immobilienkonzerne rechtssicher, finanzierbar und geeignet zur dauerhaften Stabilisierung der Mieten ist. Das Land Berlin darf also ein Vergesellschaftungsgesetz erlassen. Mittlerweile entwickelt die Initiative DWE selbst mit Hilfe von Kanzleien, Wissenschaft und Wohnexpert*innen selbst ein Vergesellschaftungsgesetz. Ersten juristischen Einschätzungen zufolge können Merz und SPD den Artikel 15 und damit die Vergesellschaftung

ohnehin nicht verbieten. Das Grundgesetz lässt sich nicht so einfach aushebeln. Es schützt den Sozialstaat, nicht aber die Renditeerwartungen von ehemaligen Blackrock-Managern. Die Linke lässt die Berliner*innen nicht im Stich. Wir möchten das Volksbegehren Deutsche Wohnen und Co. Enteignen umsetzen, zum Schutz von Mieter*innen und Wohnraum in Berlin.

Auch das ist ein guter Grund, am 20. September Die Linke zu wählen.



Yvonne Elfriede Hein,
Mitglied im Bezirksvorstand der Linken Friedrichshain-Kreuzberg

Veranstaltungen

Der Rote Laden

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030 4262687
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:

Montag: 9.00–16.00 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10.00–18.00 Uhr,
Mittwoch: 11.00–18.00 Uhr,
Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Juli / August 2026

Es finden regelmäßig **Wahlkampfaktionen in allen Teilen des Bezirkes statt**. Für mehr Infos, gerne im Roten Laden nachfragen.

Pascal Meiser, MdB

Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030 69507924
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de

Nächste Sprechstunden:

Mi., 19.08. sowie Mo., 31.08., 14.09. und 28.09., jeweils 16:00–18:00 Uhr

Kostenlose Miet-, Sozial- und Arbeitsrechtsberatung:

auf Anfrage, Sprechstunde und Beratung nur nach Anmeldung

Elif Eralp, MdA

Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030 69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de

Sozialsprech- sowie Bürger-sprechstunde:

Auf Anfrage

Rechtsberatung (Miete, Arbeit):

Do., 27.08. und 10.09., jeweils 16:00–18:00 Uhr

Rechtsberatung (Migration):

Do., 20.08. und 17.09., jeweils 16:00–18:00 Uhr

Damiano Valgolio, MdA

Sociale (Wahlkreisbüro)
Richard-Sorge-Straße 69 a,
10249 Berlin
Telefon: 0179 5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de

Sprechzeiten:

Auf Anfrage

Kostenlose Rechtsberatung:

Do., 20.08. und 17.09.
(um Anmeldung wird gebeten)

Steffen Zillich, MdA

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030 42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung mit Rechtsanwalt

Gerd-Peter Junge und Kolleg:innen
(Anmeldung erforderlich):
Mo., 10.09., 14:00–16:00 Uhr

Michael Efler, MdA

Weidenweg 17
10249 Berlin
efler@linksfraktion.berlin

Sprechstunde:

Fr., 07.08., 21.08., 04.09. und 18.09., jeweils 10:00–12:00 Uhr

Miethberatung:

Mo., 31.08., 17:00–19:00 Uhr

Migrationsberatung:

Di., 25.08., 16:00–18:00 Uhr

Unsere Direktkandidat*innen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin 2026

Wahlkreis 1
Elif Eralp
Spitzenkandidatin

Wahlkreis 2
Michael Efler

Wahlkreis 3
Kerstin Wolter

Wahlkreis 4
Damiano Valgolio

Wahlkreis 5
Ekkehard Spiegel

Bitte unterstütze Die Linke in Friedrichshain-Kreuzberg

AKTIV!

**Mitglied
werden**



www.die-linke.de/
mitmachen/
mitglied-werden

**Spenden an
Die Linke LV Berlin**



IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03
Betreff: Spende FK + Name + Adresse

Termine Ortsverbände

Ortsverband

Friedrichshain Südost

■ Mitgliedertreffen:

Mo., 10.08., 14.09. und 22.09.
jeweils 19:00 Uhr, Roter Laden

■ weitere Veranstaltungen bitte via Mail erfragen

Ortsverband

Friedrichshain Nordost

■ Mitgliedertreffen:

Do., 06.08., 03.09. und 17.09.
jeweils 19:00 Uhr, Roter Laden

■ Team Ekke Aktionswoche:

Mi.-So., 19.–23.08.

■ Team Ekke Treffen:

Do., 27.08., 18:30 Uhr, Roten Laden

Ortsverband

Friedrichshain West

■ Mitgliedertreffen:

Mo., 03.08. und 07.09., jeweils 18:30
Uhr, Roter Laden

■ weitere Veranstaltungen bitte via Mail erfragen

Ortsverband

Kreuzberg Ost

■ Mitgliedertreffen:

Do., 13.08. und 10.09., jeweils 19:00 Uhr, Lauseria,
Lausitzer Str. 11, im 1. Hinterhof, links

Ortsverband

Kreuzberg Zentrum

■ Mitgliedertreffen:

Mo., 03.08. und 07.09., jeweils 19:00 Uhr, Oranienstr. 34 HH

■ Aktiventreffen:

Do., 20.08. und 17.09., jeweils 19:00 Uhr, Zeughofstr. 22

Ortsverband

Kreuzberg West

■ Mitgliedertreffen:

Mi., 05.08. und 02.09., wechselnde
Orte, bitte Anfragen unter:
kreuzberg.west@dielinke-fk.de.

■ Stammtisch:

Mo., 31.08. und 28.09., jeweils
20:00 Uhr, wechselnde Orte um den
Mehringplatz, bitte anfragen unter
kreuzberg.west@dielinke-fk.de.

■ Kreuzberger Stammtisch:

Do., 20.08. und 17.09., jeweils ab
19:00 Uhr, Südblock, Admiralstr. 1

Die Linke

**Friedrichshain-
Kreuzberg**

Impressum:

Redaktionsschluss: 13. Juli 2026
Herausgeberin: Die Linke Friedrichshain-
Kreuzberg, Telefon: 030 4262687
Gedruckt auf Recyclingpapier.

www.dielinke-fk.de

www.facebook.com/dielinke.fk

Instagram: @dielinke.fk

info@dielinke-fk.de

Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.),
Damiano Valgolio

**Kontakt Fraktion Die Linke in der
BVV Friedrichshain-Kreuzberg:**

Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: 030 90298 2599

E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de